

Luxemburg

Wichard Woyke

Im Zentrum der luxemburgischen Europapolitik stand der Ratifikationsprozess des Lissabonner Vertrags. Anders als über den Verfassungsvertrag im Jahr 2005 wurde kein Referendum abgehalten. Premierminister Jean-Claude Juncker argumentierte, dass er grundsätzlich Anhänger der repräsentativen Demokratie sei. Darüber hinaus hätten die Luxemburger auch im Referendum 2005 dem Verfassungsvertrag mehrheitlich ihre Zustimmung gegeben. Da die wesentliche Substanz des Verfassungsvertrags sich auch im Luxemburger Vertrag wieder findet, war nach Auffassung der Regierung auch keine erneute Volksabstimmung erforderlich. Auch in der Öffentlichkeit wurde keine Debatte über ein mögliches neues Referendum geführt.¹ Luxemburg war in der jüngsten Umfrage des Eurobarometers im Herbst 2007 das Land, das gegenüber der EU die stärkste Zufriedenheit ausdrückte. 82% – und damit 8 Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2007 – bewerteten die EU als eine gute Sache.² Die luxemburgische Bevölkerung weiß genau, dass das Land außerordentlich von der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft profitiert.

So nahm das Kabinett am 21. Dezember 2007 den entsprechenden Gesetzentwurf an, der dem Parlament am 25. Januar 2008 zugeleitet wurde. Außenminister Jean Asselborn hatte dabei die Hoffnung geäußert, dass Luxemburg als eines der ersten Länder den Lissabonner Vertrag ratifizieren könnte. Doch sollte der Vertrag erst am 29. Mai 2008 in der Kammer beraten und verabschiedet werden. 47 Abgeordnete stimmten für den Vertrag, drei stimmten mit Enthaltung und ein Abgeordneter votierte dagegen.

Für den Berichterstatter des Lissabonner Vertrags, den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Ben Fayot, bringt dieser Vertrag hinsichtlich der Demokratisierung der EU große Fortschritte. Die Grundrechtscharta werde aufgenommen, das Europäische Parlament werde hinsichtlich seiner Kompetenzen gestärkt und die Rolle der nationalen Parlamente sieht er ebenfalls gestärkt. So rief er die Kammer zur Unterstützung des Vertrags auf. Für die Christlich-Soziale Partei sprach der Abgeordnete Laurent Mosar, der zwar bedauerte, dass der Lissabonner Vertrag nicht den gleichen Symbolgehalt wie der verworfene Europäische Verfassungsvertrag hätte, aber der Lissabonner Vertrag erlaube einer erweiterten Europäischen Union ein besseres und effizienteres Funktionieren. Da der Vertrag keine endgültige Bestimmung darstellt, sondern änderbar ist, kündigte er ein positives Votum seiner Fraktion an. Der Abgeordnete der demokratischen Partei, Charles Goerens, erklärte, dass ohne Europäische Union der Kampf gegen den Klimawandel, für die Gleichheit von Männern und Frauen wie auch für den Frieden gar nicht möglich wäre. Für Luxemburg gäbe es keine Alternative zum europäischen Projekt, das für ihn synonym für Wohlstand, Frieden und Demokratie stehe. Auch der Vertreter der Grünen, Felix Braz, sprach sich für die Annahme des Vertrags aus, wenngleich er bedauerte, dass man bei der Ausarbeitung des Lissabonner Vertrags zur intergouvernementalen Methode zurückgekehrt sei. Dennoch bedeutet für ihn der Lissabonner Vertrag einen Fortschritt, da andererseits zum Zustand von

1 Reichel, Sarah: Luxemburg – Eine kleine Geschichte der Ernüchterung, Berlin 2008 (SWP-Papier), S. 2.

2 Eurobarometer Nr. 68 – erste Ergebnisse, S. 25.

Nizza zurückgekehrt werden müsste, was die Durchführung von Politik erschweren müsste. Europaskeptisch äußerte sich der Vertreter der Alternativen Demokratischen Partei, einer konservativen Bewegung, Jacques-Yves Henckes. Er warf der Kammer vor, dass sie den direkten Dialog mit den Bürgern fürchtete. Im Lissabonner Vertrag sah er vor allem in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Problem, die seiner Auffassung nach zu exzessiven Militärausgaben führen könnte. Henckes mahnte eine Diskussion über die Erweiterung der Union ab, lehnte aber gleichzeitig einen Beitritt der Türkei ab. So kündigte er die Enthaltung seiner Fraktion für den Lissabonner Vertrag an. Die einzige Ablehnung kam vom unabhängigen Abgeordneten Aly Jaeling, früher Mitglied der ADR, der bezweifelte, dass die Kammer das Recht zur Abstimmung über diesen Vertrag besäße. Auch Luxemburgs Europa-Abgeordneter Robert Goebbels, Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion, kritisierte die allgemeine Konturlosigkeit der Politik.³ Politik ist für ihn die Konfrontation von Ideen, die er auch in der Europapolitik vermisst und insbesondere auch hinsichtlich des zur Ratifizierung anstehenden Lissabonner Vertrags. „Selbst von den einstigen Nein-Sagern in Luxemburg sei nichts mehr zu hören, so Goebbels. Er habe den Verfassungsvertrag kritisiert und tue das Gleiche mit dem neuen Lissabonner Vertrag. Danach plädiere er für die Ratifizierung des neuen Vertrags, „da es keine Alternative gibt“.⁴

Nach der Ablehnung des Lissabonner Vertrags durch Irland am 13. Juni 2008 zeigte sich Premierminister Juncker tief enttäuscht über das Ergebnis, das aber demokratisch zustande gekommen und deshalb zu akzeptieren sei. Juncker bewertete das irische Ergebnis als „schlechte Wahl für Europa und eine schlechte Wahl für Irland“.⁵ Als Ausweg sieht er die Mechanismen der verstärkten Kooperation, wie sie im Vertrag von Nizza niedergelegt sind. „Ich war nie Anhänger dieses Begriffes oder dieses Konzeptes, aber angesichts der Tatsache, dass es immer schwieriger wird, alle Staaten mit in eine Richtung sich auf den Weg machen zu lassen, bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als den Club der Willigen und Integrationsfähigen zu gründen“.⁶

Von besonderer europapolitischer Entwicklung für Luxemburg war die positive Entwicklung des Euro. Den Euro bewertet Regierungschef Juncker als das wichtigste Dispositiv des europäischen Arsenal, um auf die Globalisierung reagieren zu können. Der Euro habe es Luxemburg ermöglicht, sich der aus der gemeinsamen Währungsunion mit Belgien zu lösen und Mitglied der stärksten Währung der Welt zu werden. Für Juncker hat Luxemburg seine Souveränität nicht verloren, sondern durch die Währungsunion an Entscheidungskompetenzen gewonnen.⁷ Am 17. Juni 2008 wurde zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ein neuer, zeitlich unbegrenzter Benelux-Vertrag vereinbart, der die Benelux-Wirtschaftsunion ablöst. Der Vertrag sieht vor, die wirtschaftliche Kooperation sowie die justizielle Zusammenarbeit, etwa bei der Bekämpfung von Kriminalität und der grenzüberschreitenden polizeilichen Fahndung nach Kriminellen zu intensivieren. Mit diesem Vertrag versuchen die drei Staaten ihre Vorreiterrolle in der EU zu festigen.

Weiterführende Literatur

Reichel, Sarah: Luxemburg – Eine kleine Geschichte der Ernüchterung, Berlin 2008 (SWP-Papier).

3 Tageblatt vom 18.12.2007.

4 Reichel, Sarah: Luxemburg – Eine kleine Geschichte der Ernüchterung, Berlin 2008 (SWP-Papier), S. 3.

5 Luxemburger Wort, 13.06.2008.

6 Deutschlandfunk, 14.06.2008.

7 Juncker, Jean-Claude: Regierungserklärung vom 22. Mai 2008, www.gouvernement.lu/salle_presse/actualite/2008/05-mai22/etat-nation/index.